



Bezirksgeschäftsführer
im Land Brandenburg

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Offener Brief an die
Landesparteitage
der SPD Brandenburg und
der Partei „DIE LINKE“ Brandenburg

Potsdam, 28.10.2009

Bildung der neuen Landesregierung Brandenburg

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
sehr geehrte Delegierte,

Sie haben anhand des Ergebnisses der Koalitionsverhandlungen die Entscheidung zu treffen, ob am 6. November die nächste Landesregierung unter Ministerpräsident Platzek in einer Koalition von SPD und Linkspartei zustande kommt. Am Ende von Verhandlungen steht immer das Ergebnis des Machbaren, Koalitionen sind stets Kompromisse der beteiligten Partner.

Alle Delegierten beider Parteitage bitten wir sehr, das Zustandekommen der Koalition sehr stark unter dem Gesichtspunkt zu unterstützen, was SPD und DIE LINKE für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Brandenburg an positiven Vorhaben vereinbart haben. Wir, die wir selber eine „Ostbiografie“ haben bitten auch die Delegierten um die Zustimmung für ein rot-rotes Bündnis, die aus jüngeren Deutschen Geschichte resultierend eher „Bauchschmerzen“ mit „rot-rot“ haben.

Die neue Landesregierung muss einen Beitrag dazu leisten, dass die Umverteilung von unten nach oben geringer wird, so dass auch Menschen mit geringem Einkommen oder Menschen, die kein Einkommen aus Erwerbsarbeit haben, wieder mehr Chancen haben, ihr Leben selbstbewusster gestalten zu können. Unsere seit Jahren erhobenen Forderungen zu einem Vergabegesetz bzw. gesetzlichen Mindestlohn wurden insbesondere durch die CDU Brandenburg blockiert. Deshalb sind aus gewerkschaftlicher Sicht wichtige Vereinbarungen zwischen der SPD und der Linkspartei getroffen worden.

Vergabegesetz mit Mindestlohn

In Brandenburg haben wir nun die Chance, erstmals ein Vergabegesetz mit einem Mindestlohn als untere Auffanglinie zu erhalten. Das war klare Wahlaussage von SPD und DIE LINKE und daran waren wir auch beteiligt. Mit Bestürzung nehmen wir zur Kenntnis, dass die neue Bundesregierung die bislang vereinbarten Branchenmindestlöhne auf den Prüfstand stellen will und eine teilweise Rücknahme nicht ausgeschlossen ist.



Bezirksgeschäftsführer
im Land Brandenburg

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Stärker könnte der Kontrast zwischen dem, was im Bund passieren kann und dem, was im Land Brandenburg vereinbart wurde, nicht sein. Das geplante Vergabegesetz ist ein wichtiges Zeichen für den Kampf gegen Dumpinglöhne. Nur mit einer „rot/roten“ Regierung ist überhaupt vorstellbar, den gesetzlichen Mindestlohn im Bundesrat zu thematisieren.

Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor

Auch die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors in Brandenburg ist ein wichtiges Signal für die Menschen, die noch zu lange und in zu hoher Zahl keine Chance auf einen Job haben, von deren Einkommen sie ein Auskommen haben können.

Schüler-Bafög

Die SPD wird nur in Regierungsbeteiligung mit der Linkspartei das „Schüler-Bafög“ einführen können. Es geht darum, dass dieses Land davon wegkommen muss, dass Kinder aus ärmeren Elternhäusern geringere Bildungschancen haben. Hierfür ist das Schüler-Bafög (welches nicht auf andere staatliche Transferleistungen angerechnet wird) ein wichtiger Baustein zu mehr Chancengleichheit.

Die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP wird der Bundesrepublik noch schwere Prüfungen auferlegen. Nur ein Aspekt ist dabei die Entsolidarisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung und die jeden Arbeitnehmer verhöhnende Ankündigung, den Kampf gegen „sitzenwidrige Löhne“ aufzunehmen.

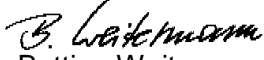
In diesem Sinne appellieren wir an Sie, die Delegierten beider Parteitage, ein klares Votum für eine Regierung aus SPD und Linkspartei auf den Parteitagen abzugeben und diese Koalition fünf Jahre erfolgreich zu tragen.

Den vereinbarten Personalabbau im Öffentlichen Dienst sieht ver.di sehr kritisch. Wir erwarten von der neuen Landesregierung, dass Aufgabenkritik Vorrang vor Stellenabbau hat. Baut die Landesregierung im Ergebnis einer Aufgabenkritik Stellen ab, hat dieses sozialverträglich und nicht nach dem „Rasenmäherprinzip“ zu erfolgen. Wir erwarten, dass ver.di tarifpolitisch beteiligt wird, um die Wahrung der Arbeitnehmerinteressen im sozialpartnerschaftlichen Verfahren zu gewährleisten.

Herzliche Grüße


Marco Pavlik
Bezirksgeschäftsführer
ver.di Potsdam-Nordwestbrandenburg


Frank Ploß
Bezirksgeschäftsführer
ver.di Frankfurt/Oder


Bettina Weitermann
Bezirksgeschäftsführerin
ver.di Uckermark-Barnim